

Antworten auf die Wahlprüfsteine für das Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass es auch im Bereich der Weiterbildung ein Bundestariftreuegesetz gibt, das heißt nur noch Träger mit Tarifverträgen entsprechend TVöD bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand?

Sprach- und Integrationskurse leisten einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe an Arbeitsmarkt und Gesellschaft und sind ein unverzichtbarer Teil einer Willkommensinfrastruktur. Bei zu wenigen Trägern gibt es Tarifverträge, die eine faire Entlohnung garantieren. Ein hoher Preisdruck und die Konkurrenz auf einem weitgehend intransparenten Markt haben in der Vergangenheit zu teils prekären Beschäftigungsbedingungen in der Branche geführt, unter der viele Lehrende leiden. Bei der Vergabe der Mittel an die Träger durch das BAMF wollen wir sicherzustellen, dass die Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Fremdsprache ihren Aufgaben entsprechend, vergleichbar mit Lehrkräften in anderen Bildungsbereichen fair entlohnt werden. Wir GRÜNE wollen, dass Tarifverträge und starke Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten. Bei der öffentlichen Vergabe sollen deshalb im Einklang mit europäischem Recht nur die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir GRÜNE es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten.

2) Setzt sich Ihre Partei für eine Eingruppierung entsprechend TVöD 12 und 13 für Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Fremdsprache ein, sodass der Wettbewerb der Träger über Qualität erfolgt und nicht über den Preis?

Wir möchten die Qualität der Integrationskurse verbessern. Dafür gilt es, den Beruf der Lehrkraft in Integrations- und Sprachkursen auch im Rahmen von Qualifikationsanforderungen aufzuwerten. Unser Ziel ist eine Bündelung der Ressourcen sowie die ziel- und themenorientierte Organisation der Kurse. Dies setzt eine grundlegende Reform der Organisation, der Finanzierung und der Durchführung der Integrationskurse voraus. Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ ihren wichtigen Aufgaben entsprechend vergleichbar mit Lehrkräften in anderen Bildungsbereichen entlohnt werden. Sachgrundlosen Unterscheidungen wollen wir entgegenwirken. Die Vermittlung von Sprachkenntnissen ist eine staatliche Kernaufgabe, die besondere pädagogische und fachliche Kenntnisse erfordert. Die wichtige Rolle der Lehrkräfte in der Einwanderungsgesellschaft soll anerkannt und adäquat vergütet werden.

3) Setzt sich Ihre Partei für deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger ein, sodass unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben möglich sind?

Wir GRÜNE wollen die finanzielle Ausstattung der Integrationskurse deutlich und nachhaltig verbessern. Eine reine Anpassung des gegenwärtigen Etats an die zu erwartenden Kursteilnehmenden ist nicht ausreichend. Wir setzen uns deshalb für eine Qualitätsoffensive ein, die auch die Verbesserung der Beschäftigungssituation der Lehrkräfte umfassen muss. Dies erfordert aus unserer Sicht die Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel und eine grundlegende Reform der Organisation, der Finanzierung und der Durchführung der Integrationskurse.

4) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche einer Vollzeitstelle entsprechen?

Das Fehlen eines verbindlichen Unterrichtsindex führt in der Praxis zu unverhältnismäßigen Arbeitszeitbelastungen und wirkt den Anforderungen des Gesundheitsschutzes, des Arbeitsschutzes und fairem Wettbewerb entgegen. Wir erkennen das Problem, dass durch die unzureichende Vergütung in Verbindung mit dem Fehlen eines verbindlichen Unterrichtsindex entweder die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts - bzw. damit zusammenhängend die Unterrichtsqualität - insgesamt stark leidet, oder ein Teil der Lehrkräfte deutlich unter Wert arbeiten muss. Dies kann weder im Interesse des BAMF, noch der Kursteilnehmenden oder der Dozent*innen liegen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass ein den Aufgaben entsprechender Schlüssel gefunden wird, der mit anderen Lehrtätigkeiten vergleichbar ist.

5) Unterstützt Ihre Partei die von GEW und Bündnis DaF-DaZ-Lehrkräfte aufgestellte Forderung von 64,-€ Honorar pro UE b. allen bundesweiten Berufssprach- u. Integrationskursen für nicht festangestellte Lehrkräfte u. ein Honorar von 42,-€ für alle übrigen staatlich verantworteten Weiterbildungsangebote?

Wir erkennen die Schlüsselrolle der Lehrkräfte in der Einwanderungsgesellschaft an und setzen uns für eine faire Vergütung ein. Statt weiterer Kürzungen streben wir eine Aufstockung der Mittel im Bundeshaushalt an. Die Qualität von Weiterbildungsangeboten steht und fällt grundsätzlich mit der Zufriedenheit und der Qualifikation des Lehrpersonals. Ein hoher Preisdruck und die Konkurrenz auf einem weitgehend intransparenten Markt haben in der Vergangenheit zu teils prekären Beschäftigungsbedingungen in der Weiterbildungsbranche geführt, unter der viele Lehrende leiden. Die Arbeit der Lehrkräfte ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Die derzeit gängigste Form der Beschäftigung im Rahmen von Honorarverträgen unterläuft eine angemessene Bezahlung. Es ist zudem problematisch, dass sich in dem gegenwärtigen Vergütungssystem einer Lehrkraft in Honorartätigkeit kaum die Möglichkeit bietet, für die Rente vorzusorgen und sich sozial abzusichern.

6) Unterstützt Ihre Partei die Forderung, dass Träger durch entsprechende Kursfinanzierung befähigt werden, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren?

Wir halten die Weiterbildung von Lehrkräften und den kollegialen Austausch für ein wichtiges Element der Qualitätssicherung. Fort- und Weiterbildungen sollen für Lehrkräfte möglich werden. Entsprechende Angebote wollen wir GRÜNE stärken und flächendeckend zugänglich machen.

7) Setzt sich Ihre Partei für eine Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre im Bereich der Weiterbildung ein?

Gerade die Coronapandemie hat gezeigt, dass im Bereich Digitalisierung dringender Nachholbedarf besteht. Zwar war eine Umstellung auf digitale Kurse möglich, allerdings hat die Praxis auch gezeigt, dass der Zugang und die Umsetzung nicht für alle Teilnehmer*innen und/oder Kursarten möglich war oder an bürokratischen Hürden gescheitert ist. Auch die Pandemiezulage hat die Umstellungsprozesse nicht ausreichend abfedern können. Zur digitalen Funktionsfähigkeit und auch zur ermöglichten Nutzung (mit Zugang zu praktikablen Endgeräten, WLAN etc.) braucht es daher ausreichende finanzielle Mittel. Digitale Lösungen müssen sich stärker als bisher an der Lebensrealität der Nutzer*innen orientieren.

8) Setzt sich Ihre Partei für eine Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände u. der Beschäftigten ein? Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2022-30

Wir setzen uns für eine Reform des Integrationsbereichs ein, vom erforderlichen Bürokratieabbau bis hin zu einer unabhängigen Evaluation und Neuausrichtung des Integrationskurssystems. Wir sehen es als sinnvoll an, die strukturellen Missstände anzupacken - dabei wollen wir die Perspektive und Expertise der genannten Akteur*innen selbstverständlich entsprechend einbeziehen.